

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

51. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. April 2004, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Rolf Fischer (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Uwe Greve (CDU)

i. V. für Sylvia Eisenberg

Jost de Jager (CDU)

stellv. Vorsitzender

Caroline Schwarz (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“	5
Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3133	
2. Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte im Schuljahr 2002/2003	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3205	
3. Bildungsstandards im Schulbereich	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3212	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3241	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3242	
4. Förderung der Lesekultur von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein	10
Mündlicher Bericht der Landesregierung	
5. Umsetzung des Konzeptes der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3256	

- 6. Forschung** **12**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3202
- 7. Entwurf einer Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004** **13**
- 8. Verschiedenes** **14**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Abg. de Jager, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr, übernimmt den Vorsitz und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3133

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Umweltausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4311 und 15/4318

Mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, den Gesetzesentwurf aus bildungspolitischer Sicht vorbehaltlich der im Wirtschaftsausschuss einzubringenden Änderungsanträge der Fraktionen anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte im Schuljahr 2002/2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3205

(überwiesen am 19. Februar 2004 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bildungsstandards im Schulbereich

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3212

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3241

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3242

(überwiesen am 19. Februar 2004)

Abg. Dr. Klug erkundigt sich, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung wie andere Landesregierungen eine Weiterentwicklung oder Überarbeitung der Lehrpläne beabsichtige.

St. Dr. Meyer-Hesemann sagt zu, dem Ausschuss den Text seiner am 29. März 2004 in Kiel-Mettenhof zur Eröffnung der zentralen Veranstaltung zur landesweiten Einführung von Bildungsstandards in Schleswig-Holstein gehaltenen Rede zuzuleiten (Umdruck 15/4448), zu der man vielfältige Informations- und Fortbildungsveranstaltungen durchführe und noch vor den Sommerferien eine Handreichung für die Schulen erarbeiten werde. Er führt aus, in Übereinstimmung mit allen Beteiligten und Fachleuten sehe man keinen Anlass, die Lehrpläne, die dem Stand der fachdidaktischen Diskussion im Wesentlichen entsprächen, sich an den Anforderungen der Wirtschaft orientierten, den Schulen ausreichend eigenen Gestaltungsspielraum einräumten und mit den Bildungsstandards und dem Kompetenzbegriff kompatibel seien, zu revidieren. Es sei allerdings nicht auszuschließen, dass es nach der empirischen Validierung der nationalen Bildungsstandards und Justizierung der Aufgabenbeispiele in einigen Jahren zu einer Änderung der Lehrpläne komme. Intention der neuen Bildungsstandards sei es - damit greift er eine Frage von Abg. Wagner auf -, die Kumulativität und Nachhaltigkeit von Lernen zu fördern, um bessere Leistungen gerade in den basalen Kulturtechniken - Lesen, Schreiben, Rechnen - zu erzielen.

Abg. Weber unterstreicht die Intention des Antrages der Koalitionsfraktionen, den er als Präzisierung des FDP-Antrages verstanden wissen möchte, zum Zwecke der Qualitätsentwicklung und -bemessung von Schule mit der Einführung von Bildungsstandards, die verschiedene Kompetenzstufen darstellen müssten, zu einer stärkeren outputorientierten Steuerung zu kommen. Den Alternativantrag der CDU lehne man ab.

Abg. Dr. Klug bittet den Staatssekretär um eine Stellungnahme zum Verhältnis von Bildungsstandards und Prüfungen. In Anlehnung an die Plenardebatte bekräftigt er noch einmal, entscheidend sei, dass die Bildungsstandards als Mindeststandards festgeschrieben würden, die von den Schulen nach Möglichkeit überschritten werden sollten, um eine Nivellierung nach unten zu verhindern und damit das eigentliche Anliegen, das Bildungsniveau insgesamt anzuheben, nicht zu unterlaufen.

- An dieser Stelle übernimmt Abg. Dr. von Hielmcrone den Vorsitz. -

Die Abg. Schwarz und de Jager legen namens der CDU Wert darauf, dass die Bildungsstandards Mindeststandards, schulartbezogen und Bestandteil der Abschlussprüfungen seien.

Abg. Spoorendonk lehnt es dagegen ab, Bildungsstandards, die schulartunabhängige Kompetenzstufen darstellten, mit Abschlussprüfungen zu verknüpfen.

Abg. Birk betont, dass es nach den PISA-Ergebnissen darum gehe, alle Anstrengungen darauf zu richten, das Schulsystem zu verbessern, damit möglichst alle Schülerinnen und Schüler Mindeststandards auf einer ausreichenden Kompetenzstufe, und zwar schulartübergreifend, und möglichst viele Schülerinnen und Schüler auf einer oberen Kompetenzstufe erreichen.

St Dr. Meyer-Hesemann führt aus, die Empfehlung der Wissenschaftler gehe dahin, zunächst vorsichtig realistische Regelstandards zu formulieren mit dem Ziel, sie später zu anspruchsvollen Mindeststandards weiterzuentwickeln. In erster Linie gehe es um die Absicherung von Mindestqualifikationen und -kompetenzen und die Minimierung der so genannten Risikogruppe über alle Schularten hinweg.

Eigene Landesstandards für die einzelnen Schularten zu entwickeln - wie es die CDU in ihrem Antrag fordere -, sei nicht Verabredung der Kultusministerkonferenz. Vielmehr hätten alle 16 Länder vereinbart, dass ab dem kommenden Schuljahr die Bildungsstandards für den mittleren Abschluss die fachbezogene Grundlage für die Vergabe der Abschlüsse seien, das heißt, dass sich die in den nationalen Bildungsstandards enthaltenen Kompetenzfelder und Aufgabenstrukturen in den schulischen Abschlussprüfungen künftig widerspiegeln. Parallel zum nächsten PISA-Zyklus 2006 würden die nationalen Bildungsstandards normiert und die Aufgabenbeispiele entwickelt. Auf der Basis eines Aufgabenpools des Instituts der Länder für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen stünden den Ländern ab 2007 so genannte „Anker-Items“ zur Normierung von landesweiten Vergleichsarbeiten am Ende der 9. Klasse für die flächendeckende Evaluation ihrer Schulen zur Verfügung. Nicht die Selektion der Kinder und

Jugendlichen stehe im Vordergrund, sondern deren Förderung, damit möglichst alle Schülerinnen und Schüler einen Bildungsgang erfolgreich abschließen.

Abg. Dr. Höppner hebt noch einmal das Ziel hervor, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler möglichst hohe Kompetenzstufen erreichen. Auch er lehnt die von der CDU geforderte Verbindung von Bildungsstandards und Abschlussprüfungen ab, die für den mittleren Schulabschluss nur in der Realschule, aber nicht am Ende der Sekundarstufe I am Gymnasium durchgeführt würden.

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass das in den Bildungsstandards vorgegebene Anforderungsprofil entscheidend das Niveau der Prüfungen, der Schulabschlüsse bestimme. Wenn beispielsweise im Fach Englisch in den Standards im Wesentlichen nur auf Kommunikationsfähigkeit im Alltag abgestellt werde, blieben bisher in den Gymnasien praktizierte Verständnis- und Interpretationsaufgaben mit anspruchsvollen literarischen oder publizistischen Texten auf der Strecke und das Niveau sinke. Umso wichtiger sei es, dass die Bildungsstandards - wie gesagt - als Mindeststandards aufgefasst würden, über die jede Schule und Schulart im Rahmen ihrer Möglichkeiten hinausgehen könne und solle.

St Dr. Meyer-Hesemann hält es für geboten, den Sprachunterricht stärker an den Kriterien Kommunikations- und Präsentationsfähigkeit auszurichten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den FDP-Antrag abzulehnen, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den CDU-Antrag abzulehnen, und mit Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Förderung der Lesekultur von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 11. März 2004 zur abschließenden Beratung)

In Anlehnung an die im Landtag am 11. März 2004 geführte Debatte thematisiert Abg. Spoo-
rendonk noch einmal die Situation des Büchereiwesens (insbesondere der Fahrbüchereien),
dessen Förderung nach Artikel 9 der Landesverfassung Aufgabe des Landes, der Gemeinden
und Gemeindeverbände ist, und das Problem der Bildungsarmut, Abg. Greve die Bedeutung
von Jugendzeitschriften, Abg. de Jager die Auswirkungen des Medienkonsums, Abg. Dr.
Klug die Bedeutung des Vorlesens im Vorschulalter und Abg. Wagner die Finanznot der
Kommunen.

Abg. Birk setzt darauf, Bündnisse zum Erhalt von Büchereien zu schmieden, bei unvermeid-
baren Büchereischließungen Schulbibliotheken entsprechend aufzustocken und verstärkt er-
folgreiche Koppelungseffekte von Film und Buch (zum Beispiel Erich Kästner oder Harry
Potter) zu nutzen.

St Dr. Meyer-Hesemann verweist auf das vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in
Schleswig-Holstein herausgegebene Heft zur Leseförderung. Er hebt die Bedeutung einer
Rahmenvereinbarung für die Weiterentwicklung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in
den Kindertagesstätten und die Erfolge der Fortbildung von Erzieherinnen in Sachen Sprach-
förderung hervor.

Auf Vorschlag von Abg. Weber beschließt der Ausschuss, die Themen „Förderung der Lese-
kultur von Kindern und Jugendlichen“ und „Entwicklung des Büchereiwesens in Schleswig-
Holstein“ in einer der nächsten Sitzungen in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Büche-
reiverein zu vertiefen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung des Konzeptes der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3256

(überwiesen am 11. März 2004 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Birk setzt sich dafür ein, in Kindertagesstätten und Schulen mehr Personal mit Migrationshintergrund zu beschäftigen, und erkundigt sich nach den Ergebnissen der auf den Seiten 27 und 28 des Berichts angesprochenen Sprach-Intensiv-Maßnahmen für angehende Schulkinder, die keine Kindertagesstätte besuchten beziehungsweise besucht hätten.

Abg. Greve legt Wert darauf, im Interesse einer funktionierenden Integration die Pflicht zur Erlernung der deutschen Sprache und zur Teilnahme an Sprachkursen stärker zu verankern.

St Dr. Meyer-Hesemann macht auf die Bedeutung eines Zuwanderungsgesetzes aufmerksam. Bei der Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund wende man den von der Kultusministerkonferenz hinsichtlich der Anerkennung von Abschlüssen vorgegebenen Rahmen großzügig an. Über Erfahrungen mit der vorgezogenen Sprachuntersuchung und -förderung (so genannte SPRINT-Maßnahmen), für die eine Änderung des Meldegesetzes Voraussetzung sei, könne er dem Ausschuss in einem Jahr berichten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3256, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Forschung

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3202

(überwiesen am 19. Februar 2004)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, Drucksache 15/3202 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf einer Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004

Über den Entwurf einer Terminplanung will der Ausschuss in der nächsten Sitzung beschließen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Ausschussgeschäftsführer Schmidt unterrichtet die Ausschussmitglieder kurz über den Ablauf der bevorstehenden Informationsreise nach England.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.

gez. Dr. von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer

gez. Jost de Jager

Stellv. Vorsitzender